

Der Landrat sagte, dass der Antrag in der Sitzung des Kreisausschusses am 12.12.2016 abgelehnt worden sei.

Der Abg. Otter wies auf die problematische Situation hin, dass die Bundesregierung seit Jahren entgegen der gesetzlichen Vorgabe weniger Arbeitsplätze in der Region halte, als sie per Gesetz zugesagt habe. Einige Gutachten besagten, dass man aufgrund der Dauer dieses Zustandes künftig ein Problem hinsichtlich der Einforderung für einen Ausgleich haben könne. Somit müsse ein entsprechender Ausgleichsanspruch formuliert und weitere Schritte in die Wege geleitet werden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.